

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Druckerei-Gesellschaft 25 241
Kur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auslieferung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Die 10p. Hefen 27 von 1000 Hefen 2 M. 50 Pf. (Inkl. Porto). Einzelhefte 25 Pf.
Anzeigen-Preise. Einzelnummern 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptredaktion:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neumann & Neumann in Dresden.
Polisch-Holz 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Triumph-Buttermilch-Seife
ist infolge ihrer chem. Zusammensetzung ein unübertroffenes Schönheits- und Toilettemittel.

Triumph-Buttermilch-Seife
gibt ein ugendrisch. Aussehen u. ist ihres sparsamen Verbrauches wegen besonders zu empfehlen.

Triumph-Buttermilch-Seife
ist in jedem besseren Geschäft zum Preise von 4,50 M. erhältlich.
Hersteller: W. G. Goldner, Dresden-N. 11, Großbetrieb für Seifen u. moderne Waschmittel.

Rücktritt des französischen Ministeriums.

Die Vertrauensfrage in der Kammer.

Paris, 12. Jan. In der heutigen Kammer Sitzung fanden drei Interpellationen auf der Tagesordnung, eine über die Finanzpolitik der Regierung, eine über die Entwaffnung Deutschlands und eine über die allgemeine Politik der Regierung. Ministerpräsident Leygues lehnte es ab, diese Interpellationen sofort zu beantworten und verlangte ihre Vertagung. Nach kurzer Debatte wurde die Vertagung mit 403 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Das Ministerium ist darauf zurückgetreten. (W. Z. B.)

Ueber die heutige Kammer Sitzung berichtet W. Z. B. weiter:

Nachdem Kammerpräsident Raoul Peret den Vorsitz übernommen und die übliche Begrüßungsrede gehalten hatte, erklärte er, es seien drei verschiedene Interpellationen eingelaufen. Er frage die Regierung, welchen Tag sie für deren Diskussion vorschlagen wolle. Ministerpräsident Leygues erklärte, er versichere, daß die Kammer unterrichtet sein wolle. Die Regierung habe das größte Interesse, den Kontakt mit dem Parlament aufrichtig zu erhalten, und das sei immer gewesen, aber es gebe Stunden, in denen die öffentliche Diskussion der Regierungspolitik große Ungerechtigkeiten bereiten könne, welche Unparteilichkeit und welches Wohlwollen man auch an den Tag

legen werde. Die Autorität der Regierung könne durch eine solche Debatte verringert werden. Es handle sich aber darum, zu wissen, ob die Regierung das Vertrauen besitze, das sie haben müsse, um Frankreich am 10. Januar auf der Interalliierten Konferenz zu vertreten. Diese Verhandlungen hätten den Zweck, nur die Entwaffnung Deutschlands und die läckenlose Ausführung des Friedensvertrages von Versailles mit Unterstützung aller Alliierten sicherzustellen und den endgültigen Frieden in allen vom Krieg erregten Ländern herbeizuführen. Das Ministerium sei in der Vorarbeit befristet, damit Frankreich das im Kriege unternommene Wert mit Ruhe vollenden könne. Die französische Regierung müsse sich mit ungebundenen Händen zu den Beratungen begeben können. Sie brauche daher das weiteste Maß einer Vertrauensklugung. Sie werde kein verringertes Vertrauen annehmen, um im Namen eines kriegsbedürftigen Frankreichs sprechen zu können. Die Regierung werde auf der Konferenz erscheinen mit dem vollen Vertrauen, oder sie werde nicht hingehen.

Nachdem Bokanowski und Bonnevay sich gegen die Vertagung ausgesprochen hatten, wurde zur Abstimmung geschritten und die vom Ministerpräsidenten verlangte Vertagung mit 403 gegen 125 Stimmen abgelehnt. Die Minister verließen den Saal. Die Kammer vertagte sich.

Das Maß ist voll.

Die 450 Voten, welche die deutsche Regierung seit dem Abbruch des Waffenstillstandes an die Entente bei rüchren müssen, um gegen Willkürakte und Rechtsverletzungen aller Art Einspruch zu erheben, sind um eine weitere vermehrt worden, und diese ist ein ganz besonders hart wirkendes, flammendes Dokument von unserer Seite. Schande, die es zuläßt, daß von Seiten des Ringes der Siegermächte des Versailles Friedens, die angeblich für Recht und Gerechtigkeit in allen internationalen Beziehungen, für Freiheit und Selbstbestimmung der Schwachen und unterdrückten Völker in die Schranken treten, direkt rübermächtige Zustände in Oberschlesien gebildet werden, um den Polen gefällig zu sein und einen freien, ungehemmten Ausdruck der wahren Willensmeinung der Bevölkerung zu hindern. Wir sind ja auf dem Gebiet der Vergewaltigungen aller Art von Seiten der Entente und ihrer gleichgesinnten Freunde schon an allerlei gewöhnt worden, was für einermahnen normale Rechtsbegriffe gen Himmel schreit. Was in Copen-Malmö im kleinen geschehen ist, zeigt ein Spiegelbild des ganzen Verfahrens der Entente im großen, und für sich Beweis genug für die moralische Qualität der Gegner, mit denen wir uns trotz formellen Friedens in einem fortgesetzten Reibungsverhältnis, in einem Friedenskrieg befinden. Unsere Nerven sind auf Grund alles dessen, was wir bislang schon erlebt und erfahren, erlöhnt und festgenommen haben, nicht mehr allzu empfindlich gegen Uebergriffe der Radikaler des Versailles Diktats, aber was jetzt in der deutschen Note über die heillosen, tödlichen, verbrecherischen Wirkstoffe in Oberschlesien enthält wird, das übersteigt denn doch alle Begriffe und verleiht jedem Deutschen, der überhaupt noch das geringste Gefühl für nationale Würde und Ehre, für die Heiligkeit feierlich übernommener Verpflichtungen, für Recht und Gesetz besitzt, das Blut auf vor Empörung und erzeugt eine seelische Verfassung, die man nur als das Anzeichen des ganzen inneren Menschen bezeichnen kann. Die zahllosen Mord- und Raubverbrechen, die in Oberschlesien so gut wie ungestraft ihr Unwesen treiben, haufen wie die Raubwägen gegen alles, was deutscher Gemütsinn verdächtig ist, und Leben und Eigentum aller dazwischen, die sich nicht bedingungslos unter das Joch des politischen Terrors beugen, gelten seinen Pfifferling mehr.

Was sind gegen diese politischen Mordbände die Prügelstrafen, die in Kärnten die Abstammung zugunsten der Südslawen zu beeinflussen verstanden! Soviel bekannt, ist von den Kärntner Prügelstrafen damals nur ein einziger Mord verübt worden, während sie sich sonst auf die Tüchtigkeit beschränkten, die ihr Name andeutet. Auch diese Art von Terror war schon überaus genau und warf ein bezeichnendes Licht auf die von der Entente bestellten Wächter der öffentlichen Ordnung, die solche Gewalttaten duldeten. In Oberschlesien aber ist der politische Mord, dessen Verübter zugleich das Raubverbrechen betreiben an der Tagesordnung. Die deutsche Note stellt fest: „Politische Mordanschläge und brutale Morde haben die Verbreitung gefunden, wie sie wohl einzig in der Geschichte der zivilisierten Völker dastehen. Nach einer Statistik haben die gemeinen Verbrecher im Bereiche der Polizeidirektion Katowice seit Eintreffen der Interalliierten Kommission außerordentlich zugenommen. Die Anzahl der Morde ist um rund 24 Prozent, die der Raubüberfälle um 80 Prozent gestiegen.“ Eine erschütterndere Anklage gegen die „kulturelle“ Wirkkraft der Entente ist nicht denkbar, als sie hier in kurzen, knappen Worten durch die Mitteilung von Zahlen erhoben wird, die eine Sprache von überwältigender Macht reden. Vor allem der besondere Umstand ist vornehmlich für die Entente, daß die ungeheure Zunahme der Verbrechen gerade seit dem Eintreffen der Interalliierten Kommission festgestellt hat. Diese Kommission wußte ihre Befähigung zur Erfüllung der ihr obliegenden Pflicht, für die Ruhe und Ordnung im Abstimmungsgebiete zu sorgen, nicht besser zu erweisen als dadurch, daß sie in erster Linie das tat, was diesem Zwecke am abträglichsten war, indem sie die ausgezeichnete deutsche Postzeitung aufhob und an ihre Stelle unsichere Kantonisten setzte, die, wie die deutsche Note ausdrücklich erklärt, in keiner Weise für ihre Aufgabe taugen. Darf man sich dann unter solchen Umständen wundern, wenn auf deutscher Seite auch der letzte Rest von Vertrauen zu dem guten Willen des französischen Oberkommandos General Perard verloren geht und man die Franzosen direkt des Einverständnisses mit den politischen Terroristen beschuldigt? Und kann die deutsche Bevölkerung außerhalb Oberschlesiens, die das ganze verbrecherische Treiben so klar und unzweideutig in allen Einzelheiten durch die deutsche Note enthält sieht, auch nur den geringsten Schimmer von Hoffnung hegen, daß der am Schluß der Note ausgesprochene Appell an das Verantwortungsbewußtsein der alliierten Regierungen irgendwelchen durchgreifenden Erfolg haben werde? Nein und dreimal nein! Recht und Gerechtigkeit, Vertragsstreue und kulturelles Gewissen dürfen wir nicht mehr von Elementen erwarten, die mit solcher brutalen, unverhüllten Deutlichkeit ihre Entschlossenheit bekunden, allen rechtlichen und moralischen Begriffen Gehör zu spenden, sobald es sich darum handelt, dem verhassten Deutschland einen

Die Folgen von Spa.

Berlin, 12. Jan. Seit Beginn der Ausführung des Wollens von Spa hat der Eisenbahnerverwaltung noch nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivenerzeugung notwendigen Kohlenreserven nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind insfolgedessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen. Bisher sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden. Damit nähert sich die Lage dem Gefahrenpunkte, daß der Betrieb auch Mangel an Dienstkohle nicht mehr in vollem Umfang durchzuführen kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen. (W. Z. B.)

Diese Nachricht gibt um so mehr Anlaß zur Beunruhigung, als das an Kohlenüberschuß leidende Frankreich sogar noch eine Erhöhung der in Spa zugehenden Kohlenlieferungen verlangen will!

Gegenüber der Meldung des W. Z. B. schreibt die „Nationalzeitung“: Eine Einschränkung im Eisenbahnerverkehr infolge Kohlenmangels ist vorläufig noch nicht zu befürchten. Es wird über eine Neuauslastung der Kohlenmagazine der Eisenbahnen verhandelt. Gegenwärtig besitzen allerdings einzelne Magazine nicht einmal Vorräte für zehn Tage und müssen deshalb von anderen Magazinen mit Vorräten bedacht werden. Besonders unangenehm ist es an Qualitätsmangel. Das Reichskohlenkommissariat hat Maßnahmen ergriffen, um die Reservenvorräte der Eisenbahnen wieder so zu erhöhen, daß sie für mindestens 15 Tage reichen.

Strafe für die „Entwaffnungsverzögerung“.

Wagner Drahtbericht der „Dresdener Nachrichten“.
Frankfurt a. M., 12. Jan. Die Savas-Agentur meldet: Die alliierten Kabinette haben der Interalliierten Konferenz, daß die deutsche Entwaffnungsverzögerung den im Friedensvertrage festgesetzten Strafmaßnahmen unterliege.

Demgegenüber meldet die „Neue Zür. Zig.“ aus Paris, daß obwohl die alliierten Kabinette vierzehn einzelne Verletzungen des Versailles und des Spaer Vertrages durch Deutschland feststellten, sich dennoch die Annahme erhalte, daß die Strafhandlungen vorläufig vertagt werden.

Berlin, 12. Jan. General Rollet, der Chef der Interalliierten Kontrollkommission, der sich an der Entwaffnungskonferenz der alliierten Regierungshäupter nach Paris befragt, wird das gesamte von der Regierung bisher vorliegende Material über die Durchführung der Entwaffnung und der Entwaffnung und überdies eine Note, in der die Gesamtfrage zusammenfassend dargestellt ist, mitnehmen.

Wieder Schwarze zur Besetzung der Pfalz.

Karlruhe, 12. Jan. Aus Bamberg wird gemeldet: Die dortige französische Kommandantur habe bekanntgegeben, daß von Mitte Februar ab wieder afrikanische Truppen zur Besetzung der Pfalz verwendet würden.

Sehr ernster Zustand der Kaiserin.

Saas, 12. Jan. Der frühere Kronprinz ist heute nach Doorn abgereist, um seine kranke Mutter zu besuchen, deren Gesundheitszustand noch immer äußerst besorgniserregend ist.

Aus Saas Doorn wird folgende Nachricht über das Befinden der ehemaligen Deutschen Kaiserin vom 11. Januar ausgegeben: Das körperliche Befinden der Kaiserin vermindert sich langsam, aber stetig. Die Ernahmer der Kaiserin führt zu härteren Bemerkungen. Der Zustand ist als sehr ernst zu betrachten. (W. Z. B.)

Die Eisenbahnerbewegung.

Eine neue Verhandlungsgrundlage.
Berlin, 12. Jan. Nachdem die Vorstände der Organisationsvereine der Eisenbahner zu den bisherigen Verhandlungsergebnissen Stellung genommen und auf Grund der einmütigen Ablehnung der Mitglieder im ganzen Lande neue Verhandlungen für notwendig gehalten haben, trat am Mittwoch der Schlichter aus dem Reichsbahnministerium zusammen. Aus den erhalteneren Berichten ergab sich eine neue Verhandlungsgrundlage, die dann in einer am gleichen Tage stattgefundenen Konferenz mit Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsrings eingehend besprochen wurde. Dabei wurde ganz besonders die finanzielle Auswirkung der zu fordernden weiteren Zugeländnisse behandelt. Schließlich erklärten sich die Vertreter der genannten Gewerkschaftsbünde bereit, sofort mit den entsprechenden Regierungsstellen in Verbindung zu treten, damit ein befriedigendes Resultat erzielt werde. (W. Z. B.)

Berlin, 12. Jan. Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaften der Eisenbahner kam in seiner heutigen Sitzung nach langen Erörterungen einmütig zu der Ansicht, daß die Regierungsvorschläge in der vorliegenden Form unannehmbar seien. Weiter wurde von der Versammlung gegen die bisherige verbreitete Meinung über die Streikabstimmung in der Eisenbahner-Einspruch erhoben. Bei der durch W. Z. B. gegebenen Mitteilung ist für das errechnete Ergebnis der Streikabstimmung die Gesamtzahl aller Eisenbahner zugrunde gelegt. In Wirklichkeit handelt es sich nur um die Abstimmung der rund 235 000 Mitglieder der Reichsgewerkschaft, von denen laut Aufstellung 82 Prozent für den Streik gestimmt haben. Die übrigen Eisenbahner, die anderen Organisationen angehören, konnten sich an der Abstimmung selbstverständlich nicht beteiligen, da ihre Verbände eine Streikabstimmung gar nicht vorgenommen haben.

Die Berliner Finanzminister-Konferenz.

Berlin, 12. Jan. In der heutigen Berliner Konferenz der Finanzminister der Länder wird berichtet: Die deutsche Besprechung der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister hat den Zweck, zu prüfen, auf welche Weise die Einzelstaaten die Deduzierung der Mehrausgaben der Beamtenbesoldung, die sich aus der Erhöhung des Teuerungszuschlages ergebe, bewerkstelligen können. Die Länder sind in der Erleichterung neuer Einnahmen, d. h. neuer Steuerquellen, noch weitestgehend beschränkt, als das Reich. Neue Steuern sind aber die einzige Möglichkeit zur Deduzierung der Mehrausgaben.

Die „Voss. Ztg.“ bemerkt: Es sind sehr ernste Sorgen, die die Finanzminister der Länder in Berlin zusammenführen, und es wird an Versuchen nicht fehlen, einen großen Teil dieser Sorgen auf das Reich abzuwälzen, das deren auch schon genug hat.

Berlin, 12. Jan. Nach Abbruch der Berliner Konferenz werden die einzelstaatlichen Finanzminister in einer neuen Sonderkonferenz die in Bamberg aufgenommenen Beratungen des Landesneuererlebes fortsetzen.

Rücktritt der mecklenburgischen Regierung.

Schwerin, 12. Jan. Infolge des seitern im mecklenburgischen Landtag zum Ausdruck gebrachten Misstrauensvotums der linken Mehrheit überreichte heute das gesamte Staatsministerium dem Hause keine Adressen-Erklärung. Ministerpräsident Dr. Meinde-Block betonte dabei ausdrücklich, daß das Ministerium das Verhalten des Justizministers billigen müsse.

Schwerin, 12. Jan. Der Landtag vertagte sich auf Freitag nachmittag. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Ministerpräsidenten. (W. Z. B.)

Gegenläge zwischen Preußen und dem Reich.

(Wahrscheinlich unterer Berliner Schriftleitung.)

Wahrscheinlich unterer Berliner Schriftleitung. Was ist es, das hier und da im demokratischen Lager vereinzelt Stimmen laut werden, die sich für das alte Reich Deutschlands aussprechen und es geradezu für ein kulturelles Unheil erklären, falls Ober- und Niederschlesien von seinem Stammland abgetrennt würde? Solche historischen Rückgebungen sind um keinen Schritt weiter und sind praktisch ganz wertlos, solange die amtliche Politik der Alliierten sich von ihnen nicht beeinflussen läßt, sondern unheimlich weiter der Parole folgt, daß Deutschland gegenüber alles erlaubt ist, was das deutsche Lebensinteresse bedingt.

Es ist aber noch nicht aller Tage Abend, und so dürfen wir hoffen, daß die Polen und ihre alliierten Schildhalter selbst in die Grube fallen werden, die sie uns gegraben haben. Auch die politische Bevölkerung Oberschlesiens, die sogenannten Wasserpolacken, müssen doch nun erkennen, was sie an Stelle der geordneten deutschen Zustände von der polnischen Herrschaft zu erwarten haben. Die schlesischen Polen wurden bisher von den Kongresspolen stets als Sammelbehälter zweiten Grades über die Achsel angelesen und erst, als die Abtötung am politischen Horizont erlosch, begann man sie zu umschmeißen. Diese Kreise dürfen noch ihrer ganzen Verantwortung und feilschen Verantwortung durchaus nicht ohne weiteres als Weaner des Reichsdeutsches bewertet werden, vielmehr wird eine geschickte Behandlung durch die deutsche Politik gerade unter dem Eindruck der polnischen Gewalttaten hier vorausichtlich günstige Erfolge für die deutsche Sache erzielen können. Reich muß natürlich behandelt werden, da die Bestimmungen nicht mehr laute sich waren lassen wird und es somit für das Reichtum gilt, noch im letzten Augenblick alle Chancen auszunutzen. Die deutsche Verarbeitung steht — das muß zur Vermeidung von Mißverständnissen und Verstärkung hervorgehoben werden — in den Händen des Verbändes der heimatreuen Oberschlesier, der rein und unverfälscht deutsch ist, während die Vereinigung der heimatreuer Oberschlesier und der Bund der Oberschlesier trotz ihrer tausendfachen Namen im polnischen Solde stehen. Wieviel die polnischen Organisationen misierbar oder unmisierbar mit den verbrecherischen Händen zusammenhängen, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Soviel ist aber klar, daß die gesamte polnische Nation in der Gewalt ihre hauptsächlichste Stütze findet. Dazu kommt noch der weitere Umstand, daß die Meldungen über polnische Truppenbewegungen nach der deutsch-polnischen Grenze offenbar einen tatsächlichen Übermarsch haben. Durch diese militärischen Grenzmaßnahmen wird der deutsche Verband erzwungen, daß sie dazu dienen sollen, die in Oberschlesien tätigen geheimen polnischen Komiteesorganisationen zu unterdrücken, deren Unterdrückung und Verhinderung in der deutschen Denkschrift über den ober-schlesischen Aufstand im Herbst 1920 ausdrücklich beauftragt wurde. Auf die Entsende ist zur Abwehr dieser Gefahr kein Verlaß, da in der Gegend nur 10.000 französische Truppen in Betracht kommen, die seinem Polen im Ernstfall ein paar Truppen würden; auf die 3000 Italiener kann wegen ihrer geringen Zahl ebenfalls nicht gerechnet werden. Die deutsche Regierung hat den bedrohlichen Charakter der Lage auch in diesem Punkt richtig und redigiert erkannt und in London, Paris und Rom wegen der militärischen Maßnahmen Polens nachdrücklich Vorstellungen erhoben; desgleichen ist die polnische Regierung auf die Gefahren hingewiesen worden, die sich aus der von ihr geschlossenen militärischen Lage ergeben könnten.

So stehen die Dinge in Oberschlesien auf des Meeres Schmelde, und das deutsche Reich, das den Kampf um sein Heimatland mit aller Energie führt, ist wie ein Feis in der Bandanna. Ganz Deutschland vertraut voll großer Auversicht darauf, daß sich an diesem Wesen ebenso wie in Schlesien, Westpreußen und Kurland, die wilden Bögen fremder Vorkriegszeiten brechen und wertloslos im Nichts zerfallen werden. Oberschlesien, die Lebensader Deutschlands, muß dem Reich bleiben! Auch für Sachsen ist der Ausbruch der Abtötung von höchster Bedeutung, weil der sächsische eigene Kohlenvorrat bald erschöpft sein wird, während der sächsischen Oberschlesien noch für Jahrhunderte ausreicht. Die sächsische Industrie würde daher unermesslichen Schäden erleiden, wenn Oberschlesien in polnische Hand geriete und Polen seine industriellen Kräfte zur Verfügung brächte. Heute, wo die Entschiedenheit vor der Tür steht, schloß jedes deutsche Herz in banger Erwartung den kommenden Dingen einzuweichen, und wie von einem Aufreiß im Gefäß einer unermesslichen Verletzung und Erblüme wird ganz Deutschland ansetzen, wenn erst der Ruf ins Land geht: „Oberschlesien bleibt unser!“ Der Reichsregierung aber liegt die Pflicht ob, schon jetzt mit aller Schärfe und Bestimmtheit zu erklären, daß sie ein durch Terror oder getriebene Abtötung erzwungenes, für uns unzulässiges Ergebnis nie und nimmer anerkennen wird.

Polnische Tendenzflügen.

Genf, 12. Jan. In einem Telegramm des Krakauer Korrespondenten des „Petit Parisien“ wird die tolle Behauptung aufgestellt, auf deutscher Seite sei beschloffen worden, Korfanti aus dem Wege zu schaffen. Auf seinen Kopf sei ein Preis von einer Million Mark ausgesetzt worden. Die deutschen Zeitungen hätten das Bild Korfantus veröffentlicht um die Durchführung dieses Planes zu erleichtern. Reichswirtschaftsminister Brüning hat sich sofort zu Wort gemeldet und erklärt, daß das Bild Korfanti, das Blatt benutzt die Behauptung dazu, um eine Verhäufung der alliierten Truppen für Oberschlesien zu fördern.

Eine solche Verhäufung wird auch von deutscher Seite, natürlich aus anderen Gründen, verlannt. Am liebsten ist uns Korfanti edles Damp; wahrlich keine Million wert. Sein Wirken in Oberschlesien kann der Bevölkerung über die polnischen Charaktereigenschaften nur die Augen öffnen und sie zur Stimmabgabe gegen Polen veranlassen. Selbstredend werden Tendenzflügen, wie die obige, stets von Korfanti selbst in die Welt gesetzt.

Auch eine polnische Note.

Genf, 12. Jan. Der „Temps“ meldet den Eingang einer polnischen Note über schwere Ausschreitungen der Deutschen in Oberschlesien.

Die polnische Absicht, ein Gegengewicht zu den schwerwiegenden deutschen Anklagen über die Zustände in Oberschlesien zu schaffen, ist klar. Die Beantwortung dürfte den Polen jedoch sehr große Schwierigkeiten bereiten haben.

Eine Drohung gegen Korfanti.

Breslau, 12. Jan. Ein Hauptarbeiter im Lubniz-Hotel in Preußen, der Kassierer des polnischen Viehhaltungskommissars Wolff, der unter Verhinderung von 400.000 Mark verschwinden ist, hat, wie der „Schwarze Adler“ mitteilt, von München aus an Korfanti folgenden Brief gerichtet: Sie wollten mich zum Diebe machen. Ich bin zum Diebe geworden. Ich gebe Ihnen meine Adresse an, aber ich rate Ihnen, mich nicht verfolgen zu lassen, da ich imstande bin, zu erwirken, daß Sie binnen acht Tagen aus Oberschlesien verschwinden müssen.

Oesterreichische Wünsche für Oberschlesien.

Berlin, 12. Jan. Dem Reichspräsidenten ist folgendes Telegramm aus Wien eingegangen: Zahlreiche Deutsche Oesterreicher und Reichsdeutsche verarmten sich zu einer Sympathiebewegung für die heimatreuen Oberschlesier, verurteilen aufs schärfste die ungerächtesten Hebergriffe und Gewaltsamkeiten gemerkschaftslos. Sie entbleiben dem Herrn Reichspräsidenten ihre heißen Wünsche für den deutschen Sieg und fählen sich eng verbunden in der Hebergriffung, daß alles aufgehoben werden muß, Oberschlesien zu retten. — Der Reichspräsident sandte folgende Erwiderung: Herzlichen Dank für die freundlichen Sympathiebewegungen für die heimatreuen Oberschlesier. Wir werden nicht nachlassen im Kampfe um deutschen Boden.

Berlin, 12. Jan. Im Hauptauschuss des Reichstages nahm heute vor Eintritt in die Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern der preussische Ministerpräsident Braum das Wort, um seine in der gestrigen Sitzung des Hauptauschusses angelegene Stellungnahme zu rechtfertigen. Er betonte, daß von seiner Verwaltung alles getan worden sei, was im Bereiche der Möglichkeit liege, um die Sache zu fördern. Ein höherer Beamter des Reichsarbeitsministeriums habe in einem zur Kenntnis des Ministerpräsidenten Braum gelangten Briefe erklärt, daß die Angriffe gegen Braum nicht ohne einen entsprechenden Briefschreiber erfolgt seien, und daß man die ungeliebte Masse der preussischen Verwaltung durch Erbschläge in Bewegung setzen müsse.

Reichsminister Koch erwiderte, daß Stielungsweisen in Preußen gehören nicht zum Etat des Reichsministeriums des Innern. Er habe die Angelegenheit hier nicht zur Sprache gebracht, sondern nur gegenüber den Neuherrn des Abg. Dr. Rosenfeld (L. S. P.) erklärt, daß es kein gutes Recht als Abgeordneter sei, sich so zu äußern, wie er es getan habe. Die Gutberatungen der preussischen Ressorts würden sich noch mannigfaltig gehalten, wenn alle Artikel, die die preussischen Minister gelegentlich vor Volksversammlungen an den Reichsressorts Abten, dort behandelt würden. Neben habe über die Aufgaben des Stielungsweises eine ganz andere wirtschaftspolitische Anschauung, als der preussische Ministerpräsident, und er könne nicht anfrieden sein mit dem, was Braum von seinem marxistischen Standpunkt aus tue. Daß das Reich die Aufgabe habe, alle Mittel für die Stielungen herzugeben, könne nicht ohne weiteres anerkannt werden. Die Steuerreform sei mit Zustimmung der preussischen Regierung und der Partei des Ministerpräsidenten Braum zustande gekommen, es sei aber nicht gelungen, daß wegen der Steuerreform die Stielungsausgabe ohne weiteres auf das Reich übertragen hätte. So einfach, wie der preussische Ministerpräsident, könne man sich die Sache nicht vorstellen, da dem Reich die Notwendigkeit zur Verfügung stünde und deshalb nun alles gemacht werden könne, was die Einzelstaaten nicht leisten könnten. Der Reichsminister befehlt sich im übrigen vor, sich bei passender Gelegenheit zur Sache selbst ausführlich zu äußern, aber nicht jetzt bei seinem Etat.

Dr. Brunn (D. Nat.): Es handelte sich einmal um die Frage, ob die Stielung vom preussischen Landwirtschaftsminister genügend gefördert oder sabotiert würde. Er hatte letztere Auffassung aufrecht, habe sie brieflich eingehend gegenüber dem preussischen Landwirtschaftsminister begründet. Aber das trete weit zurück gegenüber dem schreienden Widerspruch, der sich hier wieder einmal zwischen Reichsregierung und dem preussischen Ministerpräsidenten aufste.

Diese Frage müsse zunächst der Klärung angefaßt werden. — Dr. Rosenfeld (L. S. P.) vermischt ein Einsetzen des Reichsministers Koch auf den Brief aus dem Reichsarbeitsministerium. Der Vorgang sei bedeutend für das Gegeneinanderarbeiten der preussischen und der Reichsminister.

Preussischer Ministerpräsident Braum hält es für seine Pflicht, seine Beamten gegenüber dem Gernur in Schutz zu nehmen, daß sie das Stielungsgesetz sabotierten. Die Vorwürfe träfen in keiner Weise zu. Ihm sei es nicht unangenehm, wenn Differenzen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung beständen und öffentlich in die Erscheinung träten. Aber zu der Art wie jetzt einzelne Reichsressorts untersteltlich gegen die preussische Regierung arbeiten, müsse er als preussischer Ministerpräsident offen erklären, daß diese Methode nicht dazu diene, ein Zusammenwirken der beiden Behördenapparate zu erleichtern. — Reichsminister Koch: Den Brief aus dem Reichsarbeitsministerium kenne ich natürlich nicht; ich nehme an, daß Minister-

präsident Braum ihn auf seine Richtigkeit hin geprüft hat. Meine Auffassung habe ich aufrecht. Es ist mein Recht, in Volksversammlungen zu beratigen Angelegenheiten Stellung zu nehmen. Weiter betonte er, er sei aber bereit, mit Ministerpräsident Braum einen Pakt zu schließen, daß sie beide Besprechungen der gegenseitigen kritischen Reichs- und der preussischen Fragen in Volksversammlungen vermeiden wollten. Er glaube, Braum werde dabei nicht gut abköhlen.

Abg. Bauer (Soc.) bedauert, daß es im Hauptauschuss zu dieser Debatte gekommen sei. Das sei aber Schuld des Reichsministers Koch, der getreu auf die Anfrage des Abg. Dr. Rosenfeld nachlich antwortete, anstatt sich auf den Standpunkt zu stellen, daß er es abköhlen müsse, über Wahreden, die er im Lande halte, Rechenschaft in diesem Ausschuss abzulegen.

Dann wandte sich der Ausschuss der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern zu dem Titel über das

Germanische Museum in Nürnberg

äußerte sich Staatssekretär Dr. F. v. Saldern: Das Reich trägt nur den Hauptteil der persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten. Die Renovierungen für die Sammlungen werden aus Stiftungsgeldern und freiwilligen Beiträgen bezahlt. Es wäre dringlich erwünscht, wenn die sächlichen Familien, Vereine und Verbände, die genötigt seien, Werke der deutschen Kunst zu veräußern, sich nicht an die Kunsthandlender, sondern zunächst an das Germanische Museum wenden würden. Nach lebhafter Debatte wurde der Beitrag für das Museum in Höhe von 1.200.000 Mark angenommen. Außerdem bewilligte der Hauptauschuss die Kosten für die weitere Bearbeitung und Herausgabe der „Monumenta Germaniae Historica“ für das Römisch-Germanische Museum in Mainz und für die Akademie der Naturforscher. — Beim Titel: Internationale Erdmessung und Erdbebenforschung wurde ein internationaler Ausschuss für eine der wichtigsten Institutionen, die aufrechtzuerhalten bleiben müsse, Prof. Förster wurde zur Teilnahme an einer Sitzung in Paris aufgefordert. Trotzdem kam diese Sitzung nicht zustande, weil sich ein Teil der früheren Freunde weigerte, mit Deutschen zusammen eine Sitzung zu veranstalten. Dr. Braun-Branken (Soc.) wandte sich gegen die Ausfuhrerklärungen, die sich zwischen uns und der übrigen wissenschaftlichen Welt wie eine dämliche Mauer aufstürzten. Im Gegenstand zu den deutschen Erklärungen würde die französische Propaganda im Ausland intensiver und erfolgreicher.

Bei den Ausgaben betreffend Maßregeln gegen die Kinderpeck erklärte ein Ministerialdirektor, man dürfe dank der ergriffenen Maßregeln hoffen, ebenso wie im Westen, so auch im Osten die Gefahr bannen zu können. — Schließlich entspann sich eine lebhafte Debatte über die Notwendigkeit der

Erhaltung der Deutschen Bücher in Ostpreußen

Gegenüber den Einwendungen der Abgeordneten Schreiber (S.) und Purlane (S.) stellte Abg. v. Deibitz (D. N.) fest, daß die Deutsche Bücher in einzelnen Bibliotheken wertvolle Dienste durch Vereinhaltung des Materials leistete und die Literatur des Auslandes beschaffen helfe. Der Beitrag für die Bücher sei in Höhe von 1/2 Million Mark bewilligt.

Berlin, 12. Jan. Bei dem Briefe aus dem Reichsarbeitsministerium, von dem Minister Braum im Hauptauschuss des Reichstages gesprochen hat, handelt es sich, dem Ausschuss nach, um einen Brief, den der ausländische Referent im Reichsarbeitsministerium, Gertel in rat. Postzeit, geschrieben hat. Die Art, in der sich der Braum über seine Kenntnis von diesem Briefe ausgeäuert hat, hat im Hauptauschuss den Eindruck hervorgerufen, daß diese Kenntnis auf einem Wege erlangt sei, den man lieber nicht offenbarmacht.

Oesterreichs Finanzen.

Wien, 12. Jan. (Eig. Meld.) Die Regierung will bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika, insbesondere bei dem künftigen Präsidenten Harding, Schritte unternehmen, dahingehend, sie mögen ihre Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Katastrophe in Oesterreich lenken und das Interesse für rasche Hilfe zu wecken suchen. In diesem Zwecke wird der ehemalige Finanzminister Redlich nach Amerika entsendet, der die amerikanischen Politiker über Oesterreich und dessen wirtschaftlichen Abte informieren wird.

Wien, 12. Jan. (Eig. Meld.) Die 4,1 Milliarden Kronen Mehrbelastung des Budgets, welche durch Bewilligung der Forderungen der Staats- und Staatsbahnangehörigen herbeigeführt worden ist, solle gedeckt werden durch Erhöhung der Tabak- und Salzpreise, sowie der Eisenbahntarife um 100 Prozent.

Griechische Erfolge gegen die Kemalisten.

Wien, 12. Jan. Der Bericht des Generalstabes vom 10. d. M. lautet: Im Abschnitt Thrakien griffen unsere Streitkräfte häufig von Inegisi her die kemalistischen Formationen an, die getrennt und bis jenem 10. d. M. verfolgt wurden. Wir machten 50 Gefangene, darunter einen Major und drei andere Offiziere, erbeuteten drei Kanonen eine Anzahl Fragierate und viel Kriegsgerät. Im Abschnitt Işkaf zerstörten unsere Truppen feindliche Ansammlungen in den Stellungen von Banas und Gebakle.

Der Bericht vom 11. d. M. lautet: Im Verlaufe ihres Vormarsches hielten unsere Truppen auf den Höhen von Bagardak mit dem Feinde zusammen, der sich in Unordnung auf Eskişir zurückzog und seine Reihen von sich warf. Wir machten 150 Gefangene, erbeuteten zahlreiches Kriegsgerät und besetzten den Bahnhof Karakli an der Bagardakbahn. (W. L. B.)

Ein neuer Sinnfeineranschlag.

London, 12. Jan. Der Polizei gelang es, eine weitere Verschwörung aufzudecken. Die Sinnfeiner beschloffen, während der nächsten Sitzung des Parlaments das Parlamentsgebäude in die Luft zu sprengen, und zwar sowohl das der Lords, als auch das Unterhaus, ebenso die Regierungsgebäude. Es waren dafür Bomben ganz neuer Konstruktion mit hoher Explosivkraft vorgelesen.

Abreise Krassin aus London.

London, 12. Jan. Krassin ist gestern um 7 Uhr abgereist. Der Vertrag war am Montag gemeinsam mit Sir Robert Dorne revidiert worden. Krassin reist über Ostende, Berlin und Stockholm. Er erklärte, es sei absolut ungewiß, ob er wieder auf seinen Posten zurückkehren werde.

Die französischen Milchforderungen.

Berlin, 12. Jan. Das französische Departement der Rheinlandkommission hat bei dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums in Koblenz die Erteilung der Einfuhrbewilligung für täglich je 500 Liter Milch für die französischen Zivilisten in Mainz und Wiesbaden nachgesucht. (W. L. B.)

Das erste deutsche Segelschiff in Marzelle.

Marzelle, 12. Jan. Hier traf gestern der deutsche Segler „Puffel“ aus Hamburg ein, der eine Ladung Salpeter und Gips bringt. Dies ist der erste deutsche Segler, der seit August 1914 anläuft. (W. L. B.)

Minister Giesberts über die innere Lage.

Berlin, 12. Jan. In einer Rede, die der Reichspolizistminister Giesberts gelegentlich des rheinischen Rentnerkongresses hielt, legte er über die innere Lage: In den zwei Jahren, die ich in der Reichsregierung tätig war, habe ich mir stets einen gelunden Optimismus bewahrt, aber er hat in der letzten Zeit einen Rückschlag erfahren. Noch nie war die deutsche Zukunft so ernst und dunkel wie jetzt, da wir keine starke wirtschaftliche und politische Staatsautorität haben wegen der Ungefährlichkeit und Unentschiedenheit der politischen Parteien. Die finanziellen Verhältnisse wären noch zu meistern, aber die wirtschaftspolitischen Räte sind geradezu bedingungslos. Der Redner erinnerte an die traurige Lage der Industrie, die entsetzliche Teuerung und die lundbare Not, in der Millionen anderer Völker schmachteten infolge der Unmöglichkeit, die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen. Die Volkswirtschaft selbst müsse einweichen. Es bedürfe dazu der Mitarbeit aller. Die Kleinrentnerpolitik der Sozialdemokratie bedeute eine große Gefahr für die Volkswirtschaft und die deutsche Zukunft. Giesberts schloß mit einem Wapell an den Gemeinwohlgedanken. Es sei geradezu wahnwichtig, zu glauben, jetzt, nach dem verlorenen Kriege, mit weniger Arbeit auskommen und ein gleich gutes Leben führen zu wollen wie vor dem Kriege. Diese Illusion müsse schwinden, und zwar nicht nur bei denen, die auf die Arbeit angewiesen sind, sondern die Arbeitspflicht müsse das Gemeinwohl aller fördern und gebildet werden, sonst warte eine traurige Zukunft.

Arbeiterwiderstand gegen die Herrschaft der Kommunisten.

Berlin, 12. Jan. Aus Halle a. S. berichtet der „Vorwärts“, daß die Bergarbeiter des Wetteltes sich jede Einmischung der Kommunisten bei ihren Kämpfen verweigerten. In einer Massenversammlung der Mittelwerke soll darüber entschieden werden, welche Taktik bei diesem Kampfe angewendet werden soll. Von kommunistischer Seite wurden die Mehrheitssozialisten beschimpft. Die schließlich angenommene Resolution fordert dazu auf, bei den kommenden Kämpfen nur den Parolen der Gewerkschaften Folge zu leisten.

Die der mehrheitssozialistischen Partei angehörenden Mitglieder des Hoisardbeiterverbandes Berlin besprachen ihre Stellung zu den in nächster Zeit vorzunehmenden Wahlen für den Verband. Es handelt sich darum, die Berliner Mitglieder vor der Herrschaft der Kommunisten zu bewahren.

Berlin, 12. Jan. Die von den Sozialisten und Kommunisten geplante große Streikbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist vollständig mißlungen. Eine Betriebsräteversammlung aus Rheinland und Westfalen, die gestern in Essen stattfand, kam wegen ihrer unklaren und unsicheren Haltung zu keinem Ergebnis.

Die nachmittags in Duisburg abgehaltene Betriebsrätekonferenz des Thyssen-Konzerns, auf der die Betriebsräte sämtliche Thyssen-Werke in Rheinland und Westfalen beauftragt war, lehnte nach längerer heftiger Aussprache den betreffenden Antrag mit 28 gegen 21 Stimmen ab. Ebenso verwarf eine am Abend abgehaltene Vertrauensmännerversammlung sämtlicher Gewerkschaften in Hamborn Bezirk folgenden Beschlusses den Antrag auf Eintritt in einen Kampfstreik und trat für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Betriebsleitung ein. Diese hat bereits verschiedene Abteilungen der Werke wieder in Betrieb gesetzt. (W. L. B.)

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband zur Kohlensozialisierung.

Bombay, 12. Jan. Aufhildung und Gesamtverwaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes... Die zur Kapitalisierung der Kohlenindustrie... 19. Jahrhunderts hat die unabweisbare soziale Schand auf sich geladen, zwei Millionen Arbeitnehmern die innere Verbindung vom Sinn und Ziel ihrer Arbeit zu nehmen.

Die in letzter Zeit bekannt gewordenen Sozialreformversuche eine bessere Wirtschaftsform aufzurichten, indem aber die in der Periode der Wirtschaftskrisen ein gewaltiges merkwürdiges Wirtschaftsgeschehen... Die Kohlenwirtschaft ist angeht dieser Gesamtlage nur ein Auschnitt der großen Aufgaben.

Wir verlangen deshalb, daß auch den kohlenarmen Gebieten unseres Vaterlandes der auf sie entfallende Anteil rechtlich gesichert und die bisherige Monopolstellung der Kohlenbergwerke gebrochen werde. Für die Arbeitnehmerschaft erreichen wir ein organisches Einlenken in den Mißbeh der Unternehmungen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung mit den übrigen Kapitalträgern.

Daraus darf aber nicht eine mechanische Nachahmung des englischen und des amerikanischen Kleinaktiensystems mit seiner Förderung der Spekulationslust in den breitesten Volksschichten werden. Die Verwaltung des mit besonderen, sozialen sozialen Zwecken angepaßten Vorrechtes auszuführenden Arbeiterkapitals ist in die Hand der Gewerkschaften und von diesen zu gründenden Treuhänderorganisationen zu legen.

Eine jüdische Wirtschafts- und Verkehrsgruppe.

München, 12. Jan. Im bayerischen Staatshausballsaal leitete der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion Dr. Durr mit, daß Würtemberg, Baden und Hohenzollern auf dem Wege seien, eine gemeinsame Wirtschafts- und Verkehrsgruppe zu bilden.

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Opernhaus: „Der Freischütz“ (7); Schauspielhaus: „Hofvorstellung“; Albert-Theater: „Und Pippa tanzt!“ (16); Residenz-Theater: „Die Reise ins Märchenland“ (8); „Vocaccio“ (7); Central-Theater: „Die Diane Masur“ (7).

† **In dem vierten Orchestersymphonischen Konzert** nächsten Dienstag (18.) wird solistisch mit Sigrid Onegin Leitung: Edwin Fischer. Programm: Bach: „Die Kunst der Fuge“; Beethoven: „Sinfonie Nr. 9“; Wagner: „Die Walküre“.

† **Uraufführung in Hannover.** Man schreibt uns aus Hannover: In diesem Residenz-Theater hatte die Komödie „Die Zusalisten“ nach dem Schwedischen des August Sandberg von Richard Wilde einen beachtlichen Erfolg.

† **Neue Musiknachrichten.** Kammerfänger Theodor Bittermann, der kürzlich in Madrid im Teatro Real sang, hat eine Höhe Kubok Dührkoop, des Altmeyers der deutschen Musikwelt, fertiggestellt. — Giacomo Puccini hat eine Oper „L'ultimo Re“ begonnen, den Text nach Waal haben Renato Simoni und Giuseppe Ardani verfasst.

† **Zur Frage des „Rector magnificentissimus“** in Jena wird gemeldet: Das weimarsche Kultusministerium und die bei der Erhaltung der Universität Jena beteiligten Regierungen haben verfügt, daß die Stellung des Rector magnificentissimus und der Name des früheren Inhabers in allen Veröffentlichungen der Universität künftig wegzulassen ist.

Derflisches und Sächsisches.

Die Auslandsreisen des Wirtschaftsministers Schwarz.

In einer Unterredung erklärte Wirtschaftsminister Schwarz einem Dresdner Journalisten folgenden: Ich war im Oktober vorigen Jahres in Holland und Belgien, um dort Parteifreunde, die in der dortigen Regierung sitzen, auf die große Arbeitslosigkeit in Sachsen und ihre Folgen — Volkswirtschafts- oder Reaktion — aufmerksam zu machen.

Ich habe meine Parteifreunde darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit bestehe, nach Sachsen Aufträge zu erteilen, vor allem auf Grund der Wiederaufnahme. Hierbei dürfe Sachsen auf seinen Fall unberücksichtigt bleiben. Meine Absicht ist nicht gewesen, direkt Aufträge zu erlangen oder zu vermitteln, sondern nur, die Parteifreunde im Ausland für die Notlage in Sachsen zu interessieren, weil der Chauvinismus auch bei der ausländischen Arbeiterschaft blüht.

General Maercker am Vortragspult.

In der Reihe der dieswintlichen Vortragabend des Vereins für Völkerverständnis war der am Dienstag in der Kunstgewerbe-Akademie abgehaltene einer der bedeutendsten. Vor einer den Saal bis auf den letzten Platz füllenden Zuhörerschaft sprach Generalmajor a. D. Maercker über das Thema: „Die Eingeborenen Deutsch-Südwestafrikas und ihr Verhältnis zur deutschen Schutzverwaltung“.

Wie jene Partigen ihren eigenen Untergang der Schwere der Gefangenschaft vorzogen. Weitere Schilderungen betrafen die Kämpfe gegen die Döbentoten, das Ende Hendrik Witbols und die Erfahrungen mit den Veldts. Auf die längsten Ereignisse zusammen, betonte der Redner, daß die Schutzgebiete nicht auf den Weltkrieg vorbereitet waren und daß durch seinen unglücklichen Ausgang das Ansehen der Weisen bei den Partigen einen starken Stoß erlitt.

Haushalt und Wirtschaft.

Die Ausgabe von Kartoffeln auf Vorzugs-Lebensmittelfarmen und Gutscheine

Betrifft eine Ratbestimmung in dieser Nummer. **Veränderte Anmeldung der Landesfettarten der Stadt Dresden.** Es ist in Aussicht genommen, verschiedene Fettbezirke räumlich zusammenzuliegen und deren Zahl entsprechend zu vermindern.

Dem tschechoslowakischen Vizekonsul in Chemnitz

Dr. Franz Duschek ist namens des Reiches das Exequatur erteilt worden. Der Amtsbezirk umfaßt die kreisbauernschaftlichen Bezirke Chemnitz und Lützen.

— **Mitteilungen aus der Gesamtversammlung.** Zur Bekämpfung von Elektrizitätsdiebstahlern wurden 1.000.000 Mk. zu Lasten des Rücklagenfonds der Elektrizitätswerke bewilligt. — Zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit wurde die Einlegung von Gas- und Wasserleitungsarbeiten in eine Anzahl von Straßen auf dem Bauwesen Gartenheim überlassen.

— **Die deutschnationale Fraktion** hat an die Regierung folgende Anfrage gerichtet: „Ist der Regierung bekannt, daß im Auftrag der Reichsregierung in der Walsafabrik 200 bis 400 Liter Wasser vermischt werden und das daraus gewonnene Wasser den Berliner Brauereien zugeführt wird?“

— **Aussperrung in der Leipziger Metallindustrie.** Zu noch immer 15 Betriebe der Leipziger Metallindustrie bestrahlt werden, weil diese eine Wiedereinstellung aller am Streik beteiligten gewerkschaftlichen Arbeiter ablehnen, beschränkt der Versuch der Metallindustrie in einzelnen eintägigen vorläufig 50 Prozent der in den Betrieben beschäftigten erwachsenen Arbeitnehmer, und zwar Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, am Dienstag, den 18. Januar, auszusperren.

Neue Gefahren für die deutschen Hochschulen.

Der amtliche studentische Pressedienst der Deutschen Studentenschaft teilt mit: Nach zuverlässigen Meldungen plant der preussische Finanzminister eine Heraushebung der Vorlesungsgebühren an den preussischen Hochschulen von 8 Mk. auf mindestens 25 Mk. für die Wintersemester. Schon jetzt besteht bei den hohen Kosten für Lehrmittel, Verpflegung, Unterkunft usw. die große Gefahr, daß die minderbemittelten Schichten des Volkes, vor allen Dingen der schwerleidende Mittelstand, ihre Söhne nicht mehr studieren lassen können.

— **Die Bibel im Film.** Man könnte manchmal glauben, daß Kultur, Weltkrieg, Revolution keinen höheren Sinn gehabt haben, als das kollektive Erzeugnis der modernen Kultur, das Kino, zum Herrscher der Welt zu machen. Dieser soundvollsten Großmacht ist bekanntlich nichts zu hoch und zu heilig, sie verdirbt alles „anzumachen“ und natürlich nur zu „künstlerischen“ und „kulturellen“ Zwecken zu verarbeiten.

Sächsischer Landtag.

Dresden, den 12. Jan. 1920.
18. Sitzung.

Der Antrag in die Tagesordnung wird beschlossen. Ein Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens wegen Verleumdung gegen den Abg. Langer (Unabh.) dem Reichsausschuss zu übermitteln.
Dann werden von der Regierung zwei „kurze Antworten“ beantwortet.

Beführte Urkunden im Hauptstaatsarchiv.

Abg. Hofmann (D. N.) fragt an, ob der Regierung bekannt sei, daß im Hauptstaatsarchiv wertvolle Urkunden infolge einseitiger Restrukturierung durch Schwaben der Eisenbahnwände und -Deden schmälern, modern und brüchig werden, auch die Urkunden selbst von den Urkunden loslösen und verderben. Was bedeutet die Regierung zu verstehen, um diese wertvollen unerlösten Staatsarchive vor weiterer Verderben zu schützen?

Ministerialdirektor Dr. Schulze antwortet, daß in der Aufbewahrung von Urkunden im Hauptstaatsarchiv Mängel zu beheben sind. Die Mängel seien der Regierung bereits vor Jahresfrist bekannt geworden, seien aber nicht so schlimm, als es nach der Anfrage scheinen könnte. Infolge des Kohlenmangels sei es nicht möglich gewesen, die Räume ausreichend zu beheben. Das habe zur Folge gehabt, daß einzelne Urkunden Spuren von Rost oder Schimmel zeigen. Sie seien herausgenommen, gereinigt und getrocknet worden. Auch sei ein Restaurator angefordert worden. Gekennzeichnete und die gefährdeten Urkunden vor weiterem Schaden zu bewahren.

Auf die Anfrage des Abg. Krug (Soz.), welche Maßnahmen die Staatsregierung getroffen habe, um die bei der Verleumdung der Staatsbahn in Aussicht gestellte

Schaffung eines Landes-Eisenbahnrates

zu verwirklichen, antwortet Ministerialdirektor Dr. Hien, daß die Schaffung dieses Rates wegen anderer dringender Aufgaben vom Reichsverkehrsministerium noch nicht in Angriff genommen worden sei. Dem Vorschlag, den bisherigen sächsischen Eisenbahnrat als Landes-Eisenbahnrat zu wählen, habe die sächsische Regierung widersprochen. In diesem die Arbeitnehmer nicht befähigt seien. Es sei daher beabsichtigt, in den Eisenbahnrat zehn Arbeitgeber und zehn Arbeitnehmer zu berufen. Ob das Reichsverkehrsministerium damit einverstanden sei, sei noch nicht mitgeteilt worden.

Auflösung eines Staatsvertrages zwischen Sachsen und den Fürstentümern Reuß.

Es folgt die erste und zugleich Schlussberatung einer Regierungsvorlage über die Lösung des Staatsvertrages zwischen Sachsen und den ehemaligen Fürstentümern Reuß a. L. und L. N., der den Aufbruch der Fürstentümer an das sächsische Oberverwaltungsgericht betrifft. Der Vertrag ist bis 1. Oktober 1927 unförmlich. Im Hinblick auf den staatlichen Zusammenbruch Thüringens bietet die Regierung, sich mit der vorzeitigen Auflösung des Vertrages unter der Bedingung einverstanden zu erklären, daß der Staat Thüringen den ihm zukommenden Anteil an Staatsgeldern, Pensionen und Unterhaltungen für die Beamten des Oberverwaltungsgerichts noch auf weitere fünf Jahre entrichtet.

Abg. Bünner (D. Sp.) äußert einige Bedenken. Schon bei Abschluß des Vertrages sei Sachien finanziell ungünstiger als Reuß gestellt gewesen.

Ministerialdirektor Dr. Schulze gibt zu, daß die Leistungen von Reuß nicht denen Sachiens entsprechen hätten. Schon deshalb wolle die sächsische Regierung der Thüringischen Forderung auf Auflösung des Vertrages gern nachkommen.

Abg. Hüffel (Soz.) und Dr. Dehne (Dem.) sprechen trotz einiger Bedenken im Namen ihrer Fraktionen ihre Zustimmung aus. Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Als nächster Punkt der Tagesordnung kommt der Gegenstand über eine weitere

Verlängerung der Wahlperiode des Landesparlamentes und des Ausschusses für Gartenbau beim Landesparlament zur Beratung. Danach soll die Wahlperiode der Mitglieder bis Ende 1921 verlängert werden.

Abg. Schombor (Soz.) fordert die Regierung auf, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Frage der wirtschaftlichen Berufsvertretung baldigst zum Abschluß komme. Man müsse anerkennen, daß der Landesparlament und die Landwirtschaftlichen Vereinigungen in technischer Hinsicht viel zur Hebung der Landwirtschaft beigetragen hätten, auf sozialem Gebiete jedoch seien sie zurückgeblieben. Nebenher stellt den Antrag, die Vorlage dem Reichsausschuss zu übermitteln.

Abg. Müller (Unabh.) stimmt diesem Antrag zu, schon deshalb, weil seine Freunde der Verlängerung der Wahlperiode widersprechen.

Abg. Glauß (Dem.) erklärt, keine Fraktion läßt sich davon ab, grundsätzliche Ausführungen über die Organisations des Landesparlamentes zu machen, obwohl sie eine andere Zusammenfassung, die jetzt ganz einseitig sei, dringlich wünsche. Die Regierung müsse arbeiten werden, sich für die rasche Durchführung des Reichsrahmengesetzes einzusetzen.

Abg. Donath (D. Sp.) spricht ebenfalls keine Zustimmung zu der Vorlage aus.

Abg. Weimer (Komm.) meint, die „reaktionäre“ Reichsregierung wolle das Gesetz nur verdrängen und so gestalten,

daß es sich gegen die Arbeitnehmer richte. Die kommunistische Fraktion lehne die Vorlage ab.

Abg. Schmidt (D. N.) erklärt keine Zustimmung zu der Verlängerung der Wahlperiode. Eine Ausschussberatung würde nur eine Verzögerung herbeiführen. Der Reber widerspricht der Auffassung, daß der Landesparlament auf sozialem Gebiete zurückgeblieben sei. Der Landesparlament selbst habe befürwortet, daß bei der neuen Zusammenfassung die Arbeitnehmer berücksichtigt werden sollten.

Ministerialrat Dr. Sala bittet im Namen der Regierung, die Vorlage zu verabschieden. Die Beratung, die durch Ausschussberatung eintreten müsse, werde dazu führen, daß Sachien ohne landwirtschaftliche Berufsvertretung sei, da die Wahlperiode ja am 1. Dezember ihr Ende erreicht habe. Die Reumachen würden sofort ausgeschrieben werden, wenn das neue Gesetz verabschiedet sei; dazu müsse aber das Reichsrahmengesetz abgewartet werden.

In der Abstimmung wird der Antrag Schombor auf Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuss abgelehnt. Die erste Beratung ist damit geschlossen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung betrifft einen Gesetzentwurf über

die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts für Volljährigkeitserklärungen.

Um eine Entlastung des Justizministeriums herbeizuführen, sollen die Volljährigkeitserklärungen dem Justizministerium abgenommen und den Vormundschaftsgerichten übertragen werden.

Nach kurzen zustimmenden Erklärungen der Parteien befragt der Minister des Innern Lipinski, daß die Ministerien sehr stark in Anspruch genommen seien, und bittet, zu beachten, daß alle diejenigen, die sich an ein Ministerium wenden, dies erst schriftlich unter Angabe des Zweckes tun möchten, damit der Minister sich vorher informieren könne und die Aussprache ein praktisches Ergebnis habe. Es finde eine Nachprüfung des Beamtenapparates statt, um eine Geschäftsvereinfachung herbeizuführen. Zum Schluß bemerkt der Minister, daß die sächsische Regierung in Berlin vorstellig werden würde, das Volljährigkeitserklärungen auf 20 Jahre herabzusetzen. — Das Gesetz wird hierauf in der Schlussberatung einstimmig angenommen. Es tritt am 1. Febr. in Kraft.

Darauf erfolgt die Beratung eines Gesetzentwurfes, betreffend die

Aufhebung des Gesetzes über die Befugnis zur Ausschließung säumiger Abgabepflichtiger von öffentlichen Vergnügungsorten.

Abg. Jannasch (Soz.) bemerkt, daß gegenwärtige System des Steuerabzuges sei ein neuer Grund für die Aufhebung des Gesetzes. Er stellt den Antrag auf Schlussberatung, der angenommen wird.

Abg. Schmidt (D. Sp.) stimmt ebenfalls der Aufhebung des Gesetzes bei.

Abg. Nöhning (Dem.) erklärt, solange die Einsicht, daß dem Staat keine Mittel vorzuzusetzen werden dürfen, noch nicht allgemein durchgedrungen sei, könne dieser eigentlich nicht auf Zwangsmittel verzichten. Da das Gesetz aber der gegenwärtigen Zeit nicht mehr entspreche, stimme seine Fraktion der Aufhebung zu. Man müsse jedoch feststellen, daß die Regierung wichtigere Gesetzentwürfe als den vorliegenden einbringen könne.

Minister des Innern Lipinski drückt seine Überraschung über die Ausführungen des Vorredners aus. Ein neuer frischer Fall habe die Regierung zu diesem Gesetzentwurf veranlaßt. Sie habe die freundliche Zustimmung aller Parteien erwartet.

Abg. Börner (D. N.) erklärt, die Mehrheit seiner Fraktion wolle die Aufhebung des Gesetzes ablehnen. Das Gesetz habe einen erheblichen Zweck, nachlässige Personen sollten angehalten werden, ihre Pflichten zu erfüllen. Da es nur Bewilligte treffe, sei es nicht unzulässig. Die deutsch-nationale Fraktion werde energisch die Regierung unterstützen, wenn diese gegen Schieber und Steuerhinterzieher vorgehe.

Die Abg. Ebert (Komm.) und Nöhning (Unabh.) sprechen ihre Zustimmung zu der Vorlage aus.

In der folgenden Abstimmung wird die Aufhebung des Gesetzes vom 21. April 1884 beschlossen.

Schluss der Sitzung 10 Uhr.

Nächste Sitzung: Heute, Donnerstag, den 13. Januar nachmittags 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen mehrere Anträge, betreffend die Wohnungsnot und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung.

Die Regierungsvorlage über die Schlachtviehverversicherung wurde am Mittwoch im Rechtsausschuss des Landtages beraten. Der Vorschlag, 25 Prozent der Entschädigung aus Staatsmitteln zu gewähren, wurde abgelehnt. Es wurde beschlossen, daß der Staat nicht mehr die Verwaltungsarbeiten tragen, sondern alles von den Versicherungsnehmern aufgebracht werden soll. Von deutscher Seite wurde noch die Frage angefragt, ob es nicht unter diesen Umständen besser wäre, die ganze Schlachtviehverversicherung in Selbstverwaltung zu nehmen, da das unter Umständen billiger werden würde. Weiter lehnte der Rechtsausschuss die von einem Privatmann beantragte Genehmigung zur Durchführung einer Privatfasse gegen den Präsidenten Bräutigam, wie allgemein üblich, ab.

Vermischtes.

Der Aufhänger einer starken Männerhand, der seit zwei Jahren von verschiedenen Kriminalbehörden gesucht wurde, ist von der Berliner Kriminalpolizei in Schäßbach gemacht worden. Es handelt sich um einen aus Bielefeld stammenden Arbeiter Rodie, der sich auch wegen eines in Verbindung mit den Raubzügen stehenden Mordes an einem Gendarmen zu verantworten haben wird. Die Fänge hatte vorgegeben, im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats zu handeln.

Hochwasser in Hamburg. Schon in der Nacht zum Mittwoch melierten Kanonenschiffe von der Deichtor-Batterie das Bevorkommen von Hochwasser. Diese Warnung wurde am Mittwoch mehrfach wiederholt. Starker Westwind haute von der Rinde her die Ufer fluten und auch vom Oberlauf kommt infolge des Regens reichlich Wasser, so daß die Fluten bereits die Ufer am Fischmarkt St. Pauli an den Vorläufen überfließen und in verschiedene Keller eindringen. Der Schiffsverkehr in den Fleeten zu den Speichern mußte eingestellt werden.

Ein treuloser Beamter. Die Strafkammer in Offen verurteilte den Diplom-Ingenieur Schneider von der Dortmunder Union, der früher bei der Firma Krupp angeheiratet war und sich in den Besitz einer Kruppischen Geheimurschrift über die Herstellung von Geschützen, die nur in einigen Exemplaren vorhanden war, zu setzen gewußt und das so erhaltene Fabrikgeheimnis bei der Dortmunder Union veräußert hatte, wegen Vergehens gegen das Urheberrecht zu 2500 Mark Geldstrafe.

Explosion von Feuerwerkskörpern. Wie der „Berl. Volk-Anz.“ meldet, explodierten im Stadtkern von Nies in dem dort gelegenen vortochischen Laboratorium mit furchtbarem Geräusch die dort aufbewahrten Feuerwerkskörper und töteten in kurzer Zeit das ganze Haus in Mitleiden. Drei Menschen kamen ums Leben. Außerdem erlitten zwei Frauen beim Springen aus dem Fenster schwere Verletzungen.

Fliegerabstürze. Das Postamt „D. 30 26“, das sich auf der Fahrt von Berlin-Johannisdal nach Braunschweig befand, ist bei heftigem Sturm über dem Weiler Nord bei Gardelegen abgestürzt und zerstört. Der Führer ist tot. — Ein Marineflugzeug stürzte in den Schären bei Stockholm ab. Die beiden Insassen sind ertrunken.

Retting aus Seemat. Die Rettungsstation Rowe der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphierte: Heute wurden von dem Dampfer „Revol“, Kapitän Wilson, gerettet 10 Kilometer westlich Rowe mit Nordosten von London nach Danzig bestimmt. 30 Personen durch den Raketenapparat der Station gerettet.

Diebe im Theater. Diebe drangen nachts in das Stadttheater in Bernburg ein und nahen für über 100 000 Mk. Requisite. Die Diebstähle machen sich bei den Aufführungen empfindlich bemerkbar, da es an zahlreichen Kostümen fehlt.

Ennisch-russische Scheine. Die Scheine, die sonst nur im Winterroman eine große Rolle spiel, ist jetzt in Russland Mode geworden. Die russischen Aristokratinnen haben aber einen sehr guten Grund zur Abwendung solcher Eben, denn es gefasst ihnen dadurch, den Posschwestern zu entrinnen, deren Herrschaft sie am meisten fürchten. Es sind vielfach Engländer, die sich zu solchen Scheinen bereit erklären, um dadurch die auf kurze Zeit Angehörige zur englischen Untertanin zu machen und ihr die Ausreisefreiheit aus Russland zu erwirken. Doch auch Angehörige anderer Nationen erbarnten sich der in Sowjet-Russland schwebenden Tamen. Von diesen Scheine plaudert der englische Captain Francis M. Cullagh in einem Londoner Blatt: „Und da habe ich eben den Schweden geheiratet!“ Diese gleichgültige Bemerkung über ich kürzlich in einem Stockholmer Hotel. Die Sprecherin war eine junge russische Dame, die in einer Gesellschaft eigener Diplomaten und ihren Frauen ihren Tee schliefte. Die Bemerkung klang erbaulich, denn die Schwede sprach von ihrer Ehe wie von einer nebensächlichen Sache, aber es war auch nur ein ganz formelles Ereignis; um Ausland als Ausländerin verlassen zu dürfen, hatte sie eine Scheine mit einem schwedischen Diplomaten geschlossen, der Russland verließ, und den sie auf diese Weise begleitet hatte. Die Trauung vor dem Kommissar in Moskau kostete sie nur eine Kleinigkeit und die Scheine in Russland sind ebenfalls billig und kommerziell vorzuzusetzen, so daß diese doppelte Ersparnis für sie weder mit den Kosten noch mit den Aufregungen verknüpft war, die sonst derartige Dinge mit sich bringen. Als ich selbst die Grenze überquerte, waren verschiedene meiner Bekannten mit russischen Tamen „verheiratet“. Eine dieser „jungen Frauen“, eine Aristokratin von sechs Jahren, hatte sich zum „Gatten“ einen blutjungen Engländer erkoren, von dem sie sich in dem Augenblick trennte, in dem beide die Quarantäne-Station verließen. Eine andere Russin, eine alte Jungfer, nicht mehr in der Blüte der Jahre, verließ sich in ihren Zeitgatten die über die Ohren und weigerte sich leidenschaftlich sich wieder von ihm zu trennen. Niemals bisher ist es mir geglückt, einen Mann zu bekommen“, kammerte sie, „und nun, da ich einen so reizenden jungen Menschen geheiratet habe, soll das nur geschehen sein, damit ich ihn wieder freigeben muß.“ Der Engländer konnte sich von seiner Scheinegattin nur dadurch befreien, daß er ihr bewies, daß er schon verheiratet war.“

Sitz. 21
Dresdener Nachrichten
Donnerstag, 13. Januar 1920
Seite 5

Gewaltige Preisherabsetzung!

10 bis 50 Mk. pro Paar!

auf sämtliche Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel.

Weitgehendste Garantie für jedes Paar.

Herrenstiefel	Damenstiefel	Damenhalbschuhe
Herrenstiefel, edl. Rindbo., mod. Form, Oberbrandblech, Lederkappe 128	Damenstiefel, edl. Zerkoll., hochmoderne Formen, hoher Oberbrand 128	Damen-Lederhausschuhe mit hohem Absatz, harter Lederkappe 48
Herrenstiefel, edl. Maßbo., hochmoderne Form, leichte Ausbuchtung, ohne Lederkappe, mit u. ohne Gummipol. 168	Damenstiefel, edl. Chereau und Maßbo., mit und ohne Lederkappe, hochmod. Formen, Gummipol. (Rahmenarbeit) 148	Damen-Schnürhalbschuhe, edl. Chereau, moderne Formen, hoher Lederabsatz 78
Herrenstiefel, edl. Zerkoll. und Chereau, mit und ohne Lederkappe, Gummipol. (Rahmenarbeit) 188	Damenstiefel, edl. Zerkoll. und Chereau, mit und ohne Lederkappe, hochmoderne Form (Sachschiff) 178	Damen-Schnürhalbschuhe, edl. Maßbo., kurze, moderne Formen, hoher Lederabsatz 98
Herrenstiefel, braun, edl. Maßbo., moderne Form 178	Damenstiefel, edl. Zerkoll. und Chereau, mit und ohne Lederkappe, hochmoderne kurze Form, Gummipol. (Rahmenarbeit), Sachschiff 198	Damen-Schnürhalbschuhe, edl. Zerkoll. und Chereau, hochmoderne, kurze Form, Gummipol. (Rahmenarbeit) 128
Herrenstiefel, braun, Zerkoll., hochmoderne Form, Gummipol. (Rahmenarbeit) 198	Damen-Lackstiefel, hochmoderne Form, mit Schnüren und hohen Absätzen, Gummipol. (Rahmenarbeit), Sachschiff 188	Damen-Lack-Schnürhalbschuhe, hochmod. Formen, Gummipol. (Rahmenarbeit) (leichte Rahmenarbeit) 138
Herren-Halbschuhe, edl. Maßbo. und Chereau, Gummipol. (Rahmenarbeit) 188	Damenstiefel, braun, Zerkoll., hochmoderne, kurze Form, Gummipol. (Rahmenarbeit), Sachschiff 198	Damen-Schnürhalbschuhe u. Spangon, braun, edl. Chereau, kurze, moderne Formen 158
Konfirmantenstiefel, hochmoderne Formen, Lederkappe, Oberbrandblech 128	Damen-Touristen-Stiefel, genäht, Kollblech, hochmoderne breite Form, halbhohes Absatz 168	Damen-Spangon-Schuhe, moderne Formen, hoher Lederabsatz 78
Herren-Zug- und Schnallen-Stiefel, edl. Maßbo. 178		

Kinder-Stiefel in Rindbo., Oberbrandblech, Lederkappe, Lederabsatz, Gr. 25-26 48

Verkaufszeit: 9-1, 3-7 Uhr.

Loewenstamm Scheffelstr. 28, 1. Stock an der Wallstraße.

